

# Hubertus Prinz zu Loewenstein

Sagen wir es klar heraus

Als der Krieg begann, habe ich den Kampf um einen gerechten und damit dauerhaften Frieden als die wichtigste aller Aufgaben betrachtet. An dieser Zielsetzung hat sich auch heute nichts geändert.

„Sagen wir es klar heraus“, schrieb ich am 17. März 1940 in der „New Yorker Staatszeitung“: „Eine gegen Deutschland gerichtete Vernichtungspolitik legt die Grundlagen für den dritten Weltkrieg, bevor der zweite vorüber ist... Sie ist das sicherste Mittel, den jetzigen Krieg zu verlängern, bis ganz Europa zerstört ist und Anarchie und Bolschewismus als die einzigen Sieger hervorgehen.“

Zu jener Zeit waren nämlich schon die ersten Gerüchte aufgetaucht, daß nach der deutschen Niederlage die Ostprovinzen des Reiches an Polen und das Rheinland und das Ruhrgebiet an Frankreich ausgeliefert werden würden.

Dank der amerikanischen Meinungsfreiheit — etwas, was im Deutschland der angeblich restaurierten Demokratie wie ein Märchen klingt — konnte ich meine Warnung, daß ein „Ueber-Versailles“ nur einen kurzen Waffenstillstand bedeuten würde, „bis dann an der Elbe der dritte Weltkrieg beginnt“, in zahllosen Vorträgen und Vorlesungen, in Büchern und Zeitungsaufsätzen unentwegt und ungehindert wiederholen.

Dieselbe Meinung ist von vielen repräsentativen Amerikanern, wie dem verstorbenen Präsidenten der Columbia University, Dr. Nicholas Murray Butler, von Robert M. Hutchins, dem Kanzler der Universität Chicago, von Oswald Garrison Villard und vielen anderen geteilt worden. Katholische und nichtkatholische Blätter machten sich zum Sprachrohr der Stimmen der Vernunft, und meine persönlichen Erfahrungen in allen 48 Staaten und mit allen Schichten der Bevölkerung zeigten mir, daß wir die überwiegende Mehrheit hinter uns hatten.

In diesem Kampf um einen wahren Frieden wies ich auf die grundlegenden Unterschiede zwischen Deutschland einerseits und dem nationalsozialistischen Regime andererseits hin. Ferner betonte ich, daß die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 rechtlich nie zu bestehen aufgehört habe, und daß die Alliierten auf Grund der von ihnen selbst verkündeten Grundsätze, z. B. der Atlantic Charter, gehalten seien, die Gültigkeit dieser Verfassung und den Bestand eines einigen und territorial ungeschmälerten Deutschen Reiches nach Hitlers Fall anzuerkennen.

Man durfte schließlich auch als bekannt voraussetzen, daß die Versailles- und Ruhrpolitik wesentlich zum Aufkommen des Nationalsozialismus beigetragen, und daß dieser nach 1933 von den Westmächten unterstützt und zur Zeit der Sudetenkrise von ihnen buchstäblich gerettet worden ist. Auch die Tatsache, daß der Krieg endgültig durch den sowjetrussischen Fakt mit der Hitlerregierung vom August 1939 ausgelöst worden ist, konnte füglich nicht bestritten werden.

Der Triumph des Hasses und der Unvernunft, symbolisiert durch die Namen Roosevelt, Vansittart und Morgenthau, ist die Ursache allen internationalen Elends. Es ist damit genau das eingetreten, was wir befürchteten und zu verhindern suchten.

Ich wage nicht zu entscheiden, ob noch Zeit zur Umkehr gegeben ist. Aber das entbindet uns nicht der Pflicht, so zu planen und zu arbeiten, als bestünde immer noch Hoffnung auf Erfolg.

Mehr denn je stehe ich zu meinen Worten vom März 1940: Ohne die Anerkennung der deutschen Souveränität, ohne die Hoffnung auf ein einiges und freies Deutsches Reich in seinen historischen Grenzen ist die Auflösung der abendländischen Menschheit nicht aufzuhalten.

Da der Osten und Nordosten des Reiches von Sowjetrussen und -polen besetzt ist, muß sich die nationale und demokratische Souveränität des deutschen Volkes vorläufig im Westen entwickeln. Es ist ein Unding, abendländische Einheit auch nur zu erwägen, solange sich Deutschland (auch die drei Westzonen) in einem unfreien, halbkolonialen Zustand befinden.

Nicht ohne Grund leben heute Millionen der besten Deutschen in einer Art von „innerer Emigration“. Sie fühlen sich hilflos gegenüber den „lizenzieren“ Parteien, oder sie lehnen es ab, einheimischen Tetrarchen und ausländischen Landpflegern zu dienen. Dazu kommt die Vergiftung und Aufspaltung des Volkslebens durch den modernen Hexenwahn, genannt „Denazifizierung“, mit einem Spitzel- und Erpressersystem übelster Art in seinem Gefolge.

Ich trete also für eine politische Amnestie ein, und für die Lösung aller „Lizenz“fesseln, die der Entwicklung deutscher Demokratie hinderlich sind.

Da es ohne ein gesundes Deutschland keinen wahrhaften Frieden geben kann, läge es im Interesse der Westmächte, ihre Militärregierungen in Deutschland völlig abzuschaffen. Es sollte Amerika sein, das hierbei die Initiative ergreift. Die bis zur Gesamträumung im Lande verbleibenden Truppen wären dann nicht mehr „Besatzung“, sondern die Kontingente befreundeter Mächte.

Gleichzeitig sollten alle anderen Hemmungen deutsch-europäischen Aufbaus wegfallen, also die Kontrolle des deutschen Ex- und Imports, die Ausschaltung Deutschlands von der See- und Luftfahrt, die Demontagen, und die Beschränkung der deutschen Produktion und der Wissenschaft.

Nicht eine „Westregierung“, sondern eine treuhänderische Reichsregierung mit zeitweiligem Sitz im Westen sollte errichtet und als gleichberechtigter internationaler Vertragspartner anerkannt werden. Eine solche Regierung kann nicht aus den Bonner Retorten, sondern nur aus einer frei gewählten deutschen Nationalversammlung hervorgehen. Nur eine solche Nationalversammlung hätte das Recht, auf Grund der Verfassung vom 11. August 1919 neue Verfassungsvorschläge zu machen. Eine Verfassung hingegen, die von dem rechtlich nicht legitimierten Bonner Gremium auf Grund eines alliierten Befehls geschaffen wird, entbehrt jeder juristisch und moralisch bindenden Kraft.

Ich sehe im Aufbau Deutschlands, der nur unter eigener politischer und wirtschaftlicher Souveränität erfolgen kann, die einzige und letzte Hoffnung, Europa vor der Vernichtung durch den dritten Weltkrieg zu bewahren. Die Sowjets sind Realisten. Ein demokratisches und wirtschaftlich zu erstarkendes Deutschland wäre das beste Argument, das sie, zusammen mit allen anderen Besatzungsmächten, zur Räumung des Reichsgebietes und zur Anbahnung friedlicher politischer und Handelsbeziehungen bewegen könnte. Es läge darin auch für sie ein größerer Vorteil als im Abenteuer eines revolutionären Eroberungskrieges, der trotz allen Anfangserfolgen ihrerseits zweifellos mit einem Sieg des Westens enden würde.

Das Deutschland, geeint in seinen Stämmen und in seinem Reiche, für das ich vor Hitlers Machtergreifung und während der Emigration eintrat und dessentwegen ich zurückgekehrt bin, ist ein Wesensbestandteil des Abendlandes. Es ist der Träger eines christlichen Erbes. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben mir gezeigt, daß es, wenn auch noch im Verborgenen mehr als auf den Marktplätzen, viele Kräfte gibt, die den Glauben an ein solches Deutschland nicht verloren haben.



Geboren 14. Oktober 1906 auf Schloß Schönwörth bei Kufstein in Tirol. Studierte Rechts- und Staatswissenschaft in München, Hamburg, Genf, Berlin 1924-28. Referendar Berlin 1928, Dr. jur. Hamburg 1931. Führer des Republikanischen Studentenbundes Berlin 1930, Mitglied des Zentrums und des Reichsbanners. Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, der „Vossischen Zeitung“. Exil 1933. Seit 1935 USA. 1937-1946 Gastprofessor des Carnegie Endowment an amerikanischen Universitäten für Geschichte und Politik. Ehrendoktorat der Hamline University, St. Paul, Minnesota, 1942. Freiwilliger Heimkehrer Oktober 1946. Gastprofessor Heidelberg 1947.